Die Parlamentswahlen in Israel und die US-Zwischenwahlen haben Benjamin Netanjahu und Donald Trump geschwächt. Beide Politiker sind für verheerende Kriege zwischen dem östlichen Mittelmeer und der Persischen Golfregion verantwortlich. Von **Karin Leukefeld**.

Hier können Sie noch einmal den vorherigen Artikel Karin Leukefelds zu diesem Thema nachlesen.

Einen Tag vor den US-Zwischenwahlen hatte US-Präsident Donald Trump dem Iran mit einem erneuten Krieg gedroht, dem dritten Krieg in weniger als zwei Jahren. Angeblich soll der israelische Ministerpräsident ihn täglich angerufen und zu einem Atomangriff auf Iran gedrängt haben. Die US-israelischen Interessen werfen einen tiefen Schatten auf den Nahen und Mittleren Osten – nicht zuletzt, weil deren Partner in Europa und in der NATO den Nahen und Mittleren Osten als ihren „Hinterhof" betrachten.

Doch die alte koloniale Ordnung zwischen dem östlichen Mittelmeer und der Persischen Golfregion zerbricht. Die Folgen der Kriege gegen den Iran verschärfen den wirtschaftlichen Niedergang der westlichen Hemisphäre, die sich unfähig zeigt, von ihrem zerstörerischen Kurs, die Welt dominieren zu wollen, abzuweichen. Teilen und Herrschen bleibt ihr imperiales Instrument.

In Westasien und den angrenzenden Regionen hat der Iran an Bedeutung gewonnen. Alle Länder sind von den Entwicklungen betroffen und suchen nach neuen Wegen und Partnerschaften. Sie setzen auf Dialog und Kooperation, um ihre Souveränität zu bewahren und ihr Land zu verteidigen.

Alltag im Libanon – Tod und Verwüstung

Die alltäglichen Schlagzeilen aus dem Libanon findet man selten in deutschen Medien. Täglich bombardiert die israelische Armee, wie die Nationale Nachrichtenagentur des Landes berichtet: Bombardierung der Stadt Ainatha, Artilleriebeschuss am Rande von Aita al-Jabal im Distrikt von Bint Jbeil. Schwere Bombardierungen der Stadt Barashit im Distrikt von Bint Jbeil, so die Nachrichten vom Wochenende (31. Oktober/1. November 2026).

Die libanesische Tageszeitung *L'Orient le Jour* berichtete am vergangenen Donnerstag (5. November 2026), dass bei einem israelischen Drohnenangriff ein Rettungshelfer getötet wurde, der Mann war städtischer Mitarbeiter in Marjayoun. Der Drohnenangriff tötete den Rettungshelfer der Al Rissala Scouts der libanesischen Amal-Bewegung in Qabrikha (Marjayoun), er war mit einem Motorrad unterwegs. Ein zweiter Rettungshelfer wurde bei dem Angriff verletzt. Angeblich hätten die beiden Männer die vorrückenden israelischen

Truppen beobachtet, begründete Israel den Angriff. Die Stadtverwaltung von Markaba, wo der Mann gearbeitet hatte, trauerte um den „Kollegen, treuen Freund und Gefährten, der der Stadt und ihren Einwohnern hingebungsvoll gedient“ habe.

Die israelische Besatzung und Zerstörung im Südlibanon hielten an, schreibt die Zeitung. Die Gespräche zwischen Libanon und Israel stockten. Israel weigere sich, seine Angriffe einzustellen und die Besatzung zu beenden. Man werde nicht abziehen, bevor die Hisbollah entwaffnet sei, so Israel. Der Libanon dagegen betont, dass die israelischen Angriffe und Besatzung das größte Hindernis für eine Entwaffnung der Hisbollah seien.

Die Hisbollah „wegdrängen“

Bei dem kürzlichen Besuch der bundesdeutschen Entwicklungshilfeministerin Alabali Radovan kamen zumindest in ihren offiziellen Erklärungen die israelische Besatzungsmacht und deren Verantwortung für die massive und gezielte Verwüstung des Südlibanon – auch die Tötung von Rettungshelfern – nicht vor. Sie betonte die bundesdeutsche finanzielle Hilfe für den Wiederaufbau, für Rettungseinsätze und für Bildungseinrichtungen, die über Organisationen der Vereinten Nationen an die jeweiligen libanesischen Ministerien fließen sollte. Deutschland wolle den libanesischen Staat ermächtigen, die Bevölkerung zu versorgen, damit die Hisbollah keinen Zulauf mehr bekomme. Die libanesische Regierung habe „jetzt die Chance, auch eine gute Alternative im Süden für die Menschen zu sein und die Hisbollah auch wirklich wegzudrängen“, so Ministerin Radovan.

Warum der Staat Libanon schwach ist

Der Libanon kämpft mit den Folgen von Mandatsherrschaft (Frankreich 1919-1946) und ausländischer Einmischung (USA seit Ende der 1950er und besonders nach 1967). Libanon hat ein politisches System, das die Bevölkerung in religiöse Gruppen einteilt. Um das Land kontrollieren zu können, hatte die französische Mandatsherrschaft dieses Prinzip sowohl in Syrien als auch im Libanon frühzeitig installiert. Während in Syrien die arabische Unabhängigkeitsbewegung stark war und sich mit zahlreichen Aufständen wehrte, wurde der Libanon seit der osmanischen Zeit von einflussreichen Familien verwaltet. Der Präsident ist ein maronitischer Christ, der Ministerpräsident ein sunnitischer Muslim, der Parlamentspräsident ein schiitischer Muslim. Die Folge sind schwache Regierungen, die den teilweise religiös legitimierten Familieninteressen folgen. Politiker hören mehr auf ausländische „Berater“, als die notwendige Versorgung der Bevölkerung in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen.

Die Aufteilung Palästinas in britische und französische Mandatsgebiete und die Teilung von

Restpalästina 1947 in einen jüdischen und einen arabischen Staat durch die Vereinten Nationen führten zur Gründung des Staates Israel (1948) und zum ersten israelisch-arabischen Krieg (1948/1949). Mit der Nakba, der gewaltsamen Vertreibung von mehr als 700.000 Palästinensern aus ihrer Heimat, wurden viele Palästinenser nach Jordanien, Syrien und in den Libanon vertrieben, wo sie Zuflucht fanden. Bis heute konnten sie nicht in ihre Heimat zurückkehren.

Die Sicherheit Israels an erster Stelle

Die Interessen und die Sicherheit Israels standen nach der israelischen Staatsgründung 1948 immer ganz oben auf der Agenda von USA, NATO und Europa. Waffenlieferungen, Kompensationszahlungen (aus Deutschland), Unterstützung bei der Aufrüstung mit Atomwaffen, bevorzugte militärische Kooperation in Partnerschaft mit der NATO mit einem israelischen Verbindungsbüro in Brüssel. Israel ist Mitglied im Mittelmeer-Dialog der NATO.

USA, NATO und europäische Partnerländer nutzten ihren Einfluss in den arabischen Nachbarstaaten Israels und auch zu den Palästinensern in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten, um deren politische, wirtschaftliche oder militärische Entwicklung einzudämmen und zu behindern, damit die Dominanz Israels in der Region nicht in Frage gestellt werden solle. Wer immer sich dagegen erhob, wurde zum „Terroristen“ abgestempelt. Die UN-Charta, die jedem Land und jeder Nation die gleichen Rechte auf Souveränität und Entwicklung zusagt, wurde systematisch ignoriert.

Für den Libanon bedeutete das, dass die libanesische Armee schwach gehalten und jede ernsthafte militärische Entwicklung blockiert wurde. Die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge aus dem Libanon in ihre Heimat wurde verhindert, das Gleiche gilt bis heute für deren rechtliche Integration in die Gesellschaft, wie es beispielsweise in Syrien geschah. Die wiederholten Invasionen der israelischen Streitkräfte in den Libanon, die 1982 bis Beirut vorrückten, wurden nie ernsthaft von den USA oder europäischen Partnern verurteilt. Lösungen durch die Vereinten Nationen wurden blockiert. Innerhalb der libanesischen Gesellschaft gab es große Sympathie für die vertriebenen Palästinenser, eine revolutionäre gesellschaftliche Bewegung forderte deren Rechte, Israel wurde bedrängt. 1975 begann der Bürgerkrieg – Konflikte wurden geschürt und bewaffnet, indem ausländische Akteure Partei für die einen und gegen andere ergriffen. Die religiöse und ethnische Spaltung wurde vom regionalen und internationalen Ausland genutzt. Der Staat wurde geschwächt und zerfiel, die Bevölkerung suchte den Schutz in ihrem traditionellen Siedlungsgebiet, bei religiösen Autoritäten oder bewaffneten Gruppen.

Der Einfluss der Hisbollah

Das ist der Grund, warum die libanesische Hisbollah und die Amal-Bewegung Einfluss in der schiitisch muslimischen Bevölkerung haben, die seit Jahrhunderten auf dem Jbeil Amel im Süden des Landes lebt. Das religiöse Selbstverständnis verpflichtet dazu, die Menschen zu unterstützen und zu bilden. In der jüngeren Geschichte kümmert sich seit den frühen 1980er-Jahren die Hisbollah mit eigenen Institutionen im medizinischen und Bildungsbereich um die Versorgung der Bevölkerung im Südlibanon. Über *Al Qard al Hassan*, eine 1982 von Hisbollah gegründete Wohltätigkeitsorganisation, die staatlich registriert ist, wurden und werden der Bevölkerung zinsfreie Kleinkredite ermöglicht.

Nach dem Krieg 2006 stellten der Iran und Katar Geld zur Verfügung, damit die von Israel zerbombten Häuser, Brücken und Straßen wiederhergestellt werden konnten. Im Oktober 2026 stellte der Iran erneut rund 200 Millionen US-Dollar zur Verfügung, um den Menschen zu helfen, die durch den israelischen Vormarsch im Süden des Libanon ihre Lebensgrundlagen, Häuser und Wohnungen verloren hatten. Das Geld ging an die Hisbollah, die Anfang November damit begann, die Finanzhilfen an betroffene Familien auszuzahlen, die ihre Verluste gemeldet hatten.

Soft Power

Aus deutscher und europäischer Sicht – wie in zahlreichen Medienberichten beschrieben – versuchen der Iran und die Hisbollah, die Bevölkerung des südlichen Libanon an sich und ihre politisch-religiösen Ziele zu binden. Diese Perspektive entspricht allerdings genau dem Plan, den die USA, Deutschland und die EU selbst für das Land entworfen haben. Die Äußerungen der bundesdeutschen Entwicklungsministerin Alabali Radovan bei ihrem jüngsten Besuch im Libanon sprechen eine deutliche Sprache: „Die libanesische Regierung hat jetzt die Chance, auch eine gute Alternative im Süden für die Menschen zu sein und die Hisbollah auch wirklich wegzudrängen."

Die deutsche Hilfe, die für den Libanon eingeplant ist, soll nicht nur die libanesische Regierung ermächtigen, etwas für die eigene Bevölkerung zu tun. Die Hilfe soll dazu beitragen, dass ungenehme politische Akteure „weggedrängt" werden – nicht mit Waffen und Bomben, wie die israelische Regierung es versucht, sondern mit Geld und sozialen Projekten, mit *Soft Power.*

Das entspricht wiederum einem Plan, der vom Nationalen Sicherheitsrat der USA dem US-Präsidenten Donald Trump schon vor Längerem präsentiert worden sein soll. Danach soll ein umfangreicher Wiederaufbauplan mit einem geschätzten Finanzvolumen von 40 Milliarden US-Dollar über mehrere Jahre westlichen Einfluss vertiefen. Ziel ist, die „iranischen Stellvertreter" zu schwächen und dazu beizutragen, „für den Norden Israels

eine dauerhafte Sicherheitsvereinbarung zu erreichen“. Für die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds wäre der Plan eine „großartige Gelegenheit“, einen Staat nach einem Krieg wiederaufzubauen, heißt es weiter in dem Text, der Ende September dieses Jahres in der libanesischen Tageszeitung *Al Akhbar* veröffentlicht wurde. Fokus des Vorhabens ist demnach die „schiitische Gemeinschaft“ im Libanon. Sie soll gegen die schiitische Hisbollah ertüchtigt werden.

Ob der Plan nach den ungünstigen Wahlergebnissen für die Trump-Administration weiter erörtert wird, ist unklar. Der Charakter der Intervention findet sich jedoch auch in deutschen und EU-Plänen, mit denen der Libanon umgewandelt werden soll.

Um Israel zufriedenzustellen und abzusichern, müssen die direkten Nachbarstaaten, v.a. Syrien und Libanon, unter Kontrolle gebracht werden. Der Machtwechsel in Syrien hat das Land 2024 in ein Gebiet verwandelt, in dem die Türkei und Israel um Einfluss konkurrieren. Die Türkei kontrolliert weite Teile des Nordens, während Israel im Süden den Bau von Militärbasen sowie Wasser- und Landraub ausweiten. Es gibt de facto keine durchsetzungsfähigen staatlichen Strukturen in Syrien. Die Bevölkerung ist arm, es fehlt an Arbeit, die Privatisierung von Universitäten und Kliniken, von Strom- und Wasserversorgung treibt die Preise in die Höhe. Der Zugang zu den Ressourcen Öl und Gas wird an ausländische Unternehmen verkauft. Reiche Geschäftsleute aus den arabischen Golfstaaten kaufen Land und Immobilien. Sie investieren in teure Touristenanlagen, aber nicht in den Neubau von Wohnungen und Häusern für die Bevölkerung.

Im Libanon wird das Bildungsministerium von Deutschland und anderen Staaten über einen UNICEF-Fonds „Transition and Resilience Education Fund“ (TREF) unterstützt, einem „Bildungsfonds für Wandel und Resilienz“. Der Begriff *Resilienz* geht auf das lateinische Wort *resilire* zurück, was mit „abprallen, nicht anhaften“ übersetzt werden kann. Das Wort *Resilienz* in neuerer Zeit ist bekannt aus der Physik und Werkstoffkunde sowie aus Psychologie und Sozialwissenschaft. In der Medizin wird der Begriff ebenfalls verwendet für den Umgang mit chronischen Erkrankungen, die man nicht ändern kann und akzeptieren muss.

Inzwischen wird es politisch benutzt und in einem Lexikon, das das Entwicklungshilfeministerium auf seiner Internetseite zur Verfügung stellt, anhand von Beispielen u.a. so erläutert: „Die Fähigkeit von Personen oder Gemeinschaften, schwierige Lebenssituationen wie Krisen oder Katastrophen ohne dauerhafte Beeinträchtigung zu überstehen.“ Resilienz werde auch mit dem Begriff „Widerstandsfähigkeit“ übersetzt.

Es sei allerdings darauf verwiesen, dass der Begriff *Resilienz* nicht mit *Resistenz*, das heißt

Widerstandsfähigkeit zu verwechseln ist. Die Wurzeln beider Begriffe findet man in der lateinischen Sprache. *Resistenz* kommt von *resistere*: sich gegen etwas/jdn stellen, widersetzen. Der Begriff *Resilienz* kommt von *resilire: zurückspringen, abprallen oder auch:* sich wieder erholen.

Nutzt man die Begriffe für eine politische Haltung, bedeutet die eine Haltung – *Resilienz* –, sich mit von außen aufgezwungenen Gegebenheiten abzufinden, während die andere Haltung – *Resistenz* – bedeutet, sich aktiv gegen von außen Aufgezwungenes zu widersetzen.

Europa investiert im Libanon

Deutschland gilt international als großer Unterstützer humanitärer Einsätze, mit Essenspaketen, medizinischer Hilfe, mit Truppen und Waffen z.B. bei der UNIFIL-Blauhelm-Mission im Südlibanon. Die Palästinenser – und andere bedrängte Bevölkerungsgruppen in der Region und darüber hinaus – werden von Deutschland seit Jahrzehnten mit Hilfsgütern unterstützt. Verteilt wird die Hilfe über private und staatliche Hilfsorganisationen und Stiftungen an Flüchtlinge in der Türkei, im Libanon, in Jordanien. Deutschland hat den nützlichen Einsatz der *Soft Power* von den USA gelernt. Es gibt kein besseres Mittel, um Einfluss in Kriegs- und Krisengebieten zu bekommen. Mit Hilfe und dem Angebot, vielleicht die Region verlassen zu können, findet man viele junge Männer und Frauen, die davon träumen, ihre zerstörte Heimat hinter sich lassen zu können. Kindergärten und Schulen werden unterstützt oder neu errichtet, so lassen sich schon die Jüngsten lenken.

***Soft Power* im Krieg um Syrien**

Während des Syrien-Krieges offenbarte die *Soft Power* ihren wahren Charakter. Syrien war (bis 2011) mehr als zehn Jahre durch die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) , heute Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in vielen elementaren Bereich unterstützt worden. Die Altstadt von Aleppo wurde restauriert, das Wassersystem um Damaskus sollte erneuert werden, die teilweise „über Nacht“ errichteten Wohnviertel in der Ghouta, den östlichen Vororten von Damaskus, sollten neu strukturiert und baulich stabilisiert, mit Strom- und Wasser(-zählern) versorgt werden. Zusammen mit UN-Habitat, dem UN-Programm für menschliche Siedlungen, gab es Pläne, die Altstadt von Damaskus zu restaurieren, nach dem Vorbild von Aleppo. Seit 2021 gab es Wiederaufbaupläne für syrische Städte, die im Krieg zerstört worden waren.

Als die Proteste in Syrien im März 2011 begannen, wurden die Programme gestoppt. Alle Hilfsorganisationen – vom Evangelischen Entwicklungsdienst bis zum Senioren Experten

Service (SES), die in bilaterale Projekte mit Syrien eingebunden waren, wurden abberufen. Das Goethe-Institut und das Deutsche Archäologische Institut (DAI), Konsulat und Botschaft wurden geschlossen. Dann wurden Sanktionen gegen Syrien verhängt. Die Hilfe für Syrien wurde gestoppt, die deutsche Hilfe für UN-Organisationen, die weiter in Syrien arbeiteten, wurde reduziert und an Vorgaben geknüpft. Erst 13 Jahre später, mit dem Machtwechsel in Syrien Ende 2024, veränderte sich das Verhältnis zwischen Berlin und Damaskus erneut.

Mit Beginn des Krieges in Syrien 2011/12 flossen Geld und Hilfe in die Nachbarländer Syriens, vor allem nach Jordanien, Libanon und in die Türkei. Dort entstanden offizielle oder nicht offizielle Flüchtlingslager, die nicht nur aus Deutschland und über die Vereinten Nationen, sondern auch über Hilfsorganisationen aus anderen Ländern versorgt wurden. Nachdem sich die Lage in Syrien erstmals mit regionalen Waffenstillständen 2017 wieder beruhigte, wollten viele Syrer in ihre Heimat zurückkehren. Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen, in Absprache mit den Regionalstaaten und der syrischen Regierung, bat die Geberländer, auch Deutschland, das Geld, was in die Flüchtlingslager floss, den Familien für die Rückkehr zukommen zu lassen. Es folgte eine Absage. Obwohl die großen Flüchtlingslager im Libanon, in Jordanien und in der Türkei die lokalen Gesellschaften belasteten, sollte die angespannte Lage in der Region erhalten werden.

Eine Region im Umbruch

Die Folgen des US-israelischen Angriffs auf den Iran verändern die Region. Die wirtschaftlichen Verluste der arabischen Golfstaaten sind enorm. Allein das reiche Golfemirat Katar räumte einen Einkommensverlust im ersten Halbjahr 2026 von 42 Prozent ein. In Fragen ihrer eigenen Sicherheit wenden sich die arabischen Golfstaaten von den USA ab, mit den R4 und der Mekka-Allianz sind neue Bündnisse entstanden. Die Mekka-Allianz besteht aus Saudi-Arabien, Türkei und Pakistan und traf sich kürzlich in Teheran mit Verantwortlichen im Iran. R4 steht für die vier Regionalstaaten Saudi-Arabien, Türkei, Ägypten und Pakistan. Zusammen mit dem Golfemirat Katar, Irak und Oman versuchen diese Staaten durch intensive Diplomatie und Vermittlung, weitere Kriege zwischen Saudi-Arabien/Jemen, Israel/Libanon, Israel/Syrien sowie die verheerende Lage der Palästinenser im Gazastreifen und im Westjordanland zu beenden und neue Eskalation zu verhindern.

Bei einem kürzlichen Treffen der R4-Außenminister in Istanbul benannten die Außenminister aus der Türkei, Saudi-Arabien, Ägypten und Pakistan in einer Abschlusserklärung Israel als die „Hauptursache für Instabilität in der Region und darüber hinaus“. Die „israelische Besatzung und Politik“ habe „in der weltweiten Öffentlichkeit ein tiefes Gefühl der Ungerechtigkeit hervorrufen“, hieß es.

Angereist waren auch vier Außenminister aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien (E3 + Italien), um sich mit den Regionalstaaten auszutauschen. Die vier Angereisten wollten „Frieden und Diplomatie vorantreiben", berichtete *France 24*. Das ist allerhand, denn Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und mehr hatten Israel seit Beginn des Gaza-Krieges 2023 (und auch davor) militärisch, mit Aufklärung, politisch und finanziell unterstützt.

Tatsächlich geht es den E3, Italien und Brüssel um die „Freiheit der Schifffahrt" und die Öffnung der Handelsrouten durch die Straße von Hormus und das Bab al Mandab, das den Golf von Aden mit dem Roten Meer verbindet. Diese Meerenge wird aktuell von Ansarallah, der Huthi-Bewegung im Jemen kontrolliert. Der Krieg zwischen Saudi-Arabien und der jemenitischen Huthi-Bewegung begann erneut Mitte Juli mit einem Angriff auf den Flughafen von Sanaa. Die jemenitische Hauptstadt Sanaa wird von Ansarallah, der Huthi-Bewegung, kontrolliert.

Der deutsche Außenminister Johann Wadephul erklärte nach dem halbtägigen gemeinsamen Treffen in Istanbul vor der Presse: „(…) genug ist genug. Iran und die Huthi erpressen die Weltwirtschaft mit ihren Angriffen auf die internationale Schifffahrt. Sie sind verantwortlich für die Destabilisierung des Mittleren Ostens, für humanitäre Krisen im Jemen und für Ernährungskrisen im globalen Süden."

Die Seewege in der Region sind versperrt, weil die USA und Israel – zwei Atommächte – illegal Krieg gegen Iran begonnen haben. Der Iran fordert den Abzug aller Kriegsschiffe aus der Region und die verbindliche Zusage, nie wieder angegriffen zu werden. Er fordert ein Ende der Kriege an allen Fronten in der Region, einschließlich Gaza, Libanon und Jemen. Der Iran fordert die Aufhebung aller Sanktionen, die in den letzten mehr als 40 Jahren gegen das Land verhängt wurden – seine Forderungen sind im 14-Punkte-Plan nachzulesen. Auch die europäischen Außenminister sollten sie kennen.

Bis heute hält der Iran an den 14 Punkten des *Memorandum of Understanding* (Juni 2026) fest. Um einen dritten Krieg – wie von Donald Trump angekündigt – zu vermeiden, hat Katar – in Absprache mit R4 und dem Mekka-Verteidigungspakt weiter zwischen dem Iran und den USA vermittelt. Inzwischen hat der Iran einem Vorschlag zugestimmt, wonach die Straße von Hormus innerhalb von zwei Tagen geöffnet werden könne, wenn die USA sieben Forderungen des Iran ausdrücklich zustimmten und sie akzeptierten.

Die sieben Forderungen sind dem *Memorandum of Understanding* entnommen, das von den Präsidenten der USA und des Iran, Donald Trump und Masoud Peseschkian, im Juni unterzeichnet worden war. Die sieben Forderungen, die jeweils ausführlicher erläutert

werden, lauten:

1. Die vollständige Einstellung aller Feindseligkeiten, einschließlich im Libanon;
2. Die Aufhebung der (US-)Schiffsblockade (von iranischen Häfen);
3. Aufhebung aller Sanktionen;
4. Freigabe aller beschlagnahmten und eingefrorenen Vermögenswerte des Iran;
5. Verringerung der US-Militärpräsenz in der Region;
6. Wiedergutmachung für Kriegsschäden und
7. ein Ende von US-Angriffen auf das Territorium des Iran.

Der Hinterhof Europas

Deutschland, Frankreich, England, Italien und andere europäische Staaten haben nicht nur Israel im Krieg gegen den Gazastreifen unterstützt, sie haben auch den US-israelischen Krieg gegen den Iran ermöglicht. Als Mitglieder der NATO haben sie US-Militärbasen in ihren Ländern zur Verfügung gestellt, damit US- und andere NATO-Kampfjets, Aufklärungs- und Versorgungsflugzeuge von dort Richtung Persischer Golf starten konnten. „Seit dem 28. Februar dieses Jahres sind 5.000 Flugzeuge von europäischen Stützpunkten aus gestartet, um die Operation „Epic Fury“ zu unterstützen“, hatte NATO-Generalsekretär Mark Rutte bei einer „Unterhaltung über die Zukunft der NATO“ Ende September 2026 beim Chicago Rat für internationale Angelegenheiten (23. September 2026) erklärt. „Epic Fury“ ist der Name, den die USA und Israel dem Angriff auf Iran 2026 gaben: „Gewaltiger Zorn“.

NATO-Generalsekretär Mark Rutte ging bei dem „Gespräch über die Zukunft der NATO“ in Chicago weiter. Warum Europa Teil der NATO werden solle, ergebe sich mit einem Blick auf den Nahen Osten, sagte er (Video ab Minute 51:20): „Warum mussten ausgerechnet die Vereinigten Staaten die nuklearen Fähigkeiten des Iran ausschalten? Warum blicken jetzt wieder alle auf die Vereinigten Staaten, wenn es um die Huthi am Roten Meer geht? Weil die Europäer irgendwie nicht über genügend Kapazitäten verfügen, um das selbst zu tun“, so Rutte. Und weiter: „Das ist Europas Hinterhof. Es ist nicht der Hinterhof der Vereinigten Staaten. (…) In Zukunft wird eine stärkere NATO dazu führen, dass die Europäer sich um ihren eigenen Hinterhof kümmern können.“

Titelbild: Roman_studio / Shutterstock